

# Fraktion direkt

Informationen der CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe



Der Flächennutzungsplan 2030 – eine Herausforderung für die gesamte Stadt

Rund 70 Hektar werden derzeit täglich in Deutschland bebaut. Diese Flächen sind notwendig, um der Wohnknappheit in den Kommunen zu begegnen. Klar ist, dass dieser Verbrauch zu hoch und eine intelligente Nachhaltigkeitsstrategie notwendig ist, die das Ziel verfolgt, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Gerade die Ballungsgebiete stehen durch den anhaltenden Zuzug bei der Ausweisung neuer Wohngebiete unter Druck. Den Kommunen obliegt die Verantwortung, ihre Flächen zu beplanen. Die Planung hat zum Ziel, die Städte lebens- und lebenswerter zu gestalten. Wohn-, Gewerbe- und Freizeiflächen werden in einem Flächennutzungsplan (FNP) festgelegt. Die aktuelle Befassung des Gemeinderats mit dem FNP 2030 sieht vor, eine nachhaltige Innenentwicklung zu betreiben und Flächenfraß zu vermeiden. Dabei muss der Spagat gelingen, die steigenden Nachfragen nach bezahlbarem und ausreichendem Wohnraum zu gewährleisten, ohne allzu sehr die „grüne Wiese“ zu verbauen. Für die CDU-Fraktion besteht durch den FNP 2030 die Möglichkeit, eine verantwortungsvolle und in die Zukunft gerichtete Stadtentwicklung zu betreiben. An dieser Stelle kommen die Kleingärten ins Spiel. Die Beratungen über den FNP 2030 zeigen, dass Karlsruhe eher mehr Kleingärten als weniger braucht. Die Bedeutung der Kleingärten ist für die Bevölkerung so wichtig, dass diese eine langfristige Perspektive sowie eine eigene stadtplanerische vertiefte Untersuchung verdienen. Allerdings ist Stadtplanung ganzheitlich zu betrachten, und die im FNP beratenen Flächen sollten grundsätzlich diskutiert werden können. Hier setzt der Antrag der CDU-Fraktion an. Die Stadtverwaltung soll zeitnah eine umfassende Studie vorlegen, wie sich die Kleingartenflächen auf dem Gesamtgebiet der Stadt Karlsruhe entwickeln sollen. Die Erstellung des „Kleingartenplans 2030“ soll noch vor Verabschiedung des FNP 2030 erfolgen und hat gleichzeitig, unter angemessener Beteiligung des Bezirksverbands der Gartenfreunde Karlsruhe e. V., zu erfolgen. Weil sich die CDU-Fraktion der Bedeutung der Kleingärten im Speziellen und als „Grüne Lungen“ für die Stadt Karlsruhe im Allgemeinen bewusst ist, hat sie diesen Antrag gestellt.

## Inhalt

- 2 CDU-Fraktionen tagen gemeinsam
- 2 Nachgefasst
- 3 Ärger mit den Sonderparkberechtigungen
- 3 Ihre Meinung ist gefragt
- 3 Zwei Fragen an ... Stadträtin Marianne Köpfler
- 4 Erhöhung der Aufwandsentschädigung
- 4 CDU-Fraktionen fordern Alkoholverbot
- 5 CDU-Fraktion drängt auf mehr Sicherheit
- 6 Interview mit Dr. Rahsan Dogan

## 6 Interview mit Dr. Rahsan Dogan

### Interview mit Dr. Rahsan Dogan



**Frau Dr. Dogan, Sie sind zum ersten Mal 2014 auf Anhieb in den Gemeinderat gewählt worden. Dies gelingt nicht jedem Bewerber auf den ersten Versuch. Was war Ihr Erfolgsrezept für den sofortigen Einzug in den Stadtrat?**

Es gab kein bestimmtes Rezept. Ich hatte große Unterstützung in der Partei, die mir Vertrauen entgegengebracht hat. Dafür bin ich dankbar, denn das ist nicht selbstverständlich. Der Rückhalt in der Partei ist immens wichtig. Ich hatte damit eine gute Ausgangsposition. Ansonsten galt das, was für jeden Bewerber gilt: fleißig vor Ort Wahlkampf machen, auf die Bürgerschaft zugehen, kritikfähig sein und authentisch bleiben.

**In der CDU-Fraktion sind Sie als fachpolitische Sprecherin für das Thema Integration zuständig. Der Titel verspricht ein weites Aufgabenfeld. Können Sie uns beschreiben, worin Sie die Herausforderungen „der Integration“ in Bezug auf Karlsruhe sehen?**

Karlsruhe ist eine Stadt, die historisch immer Zuwanderung erlebt hat. Nahezu jeder dritte Einwohner hat Zuwanderungsgeschichte. Allein am KIT arbeiten und studieren Menschen

aus über 100 Nationen. Bisher hat Integration in Karlsruhe weitestgehend funktioniert. Im Vergleich zu anderen Großstädten haben wir erfreulich keine Ghetto-Bildung. Gleichwohl machen Flüchtlingswellen und Einflussnahmen anderer Staaten auf hier lebende Migranten nicht halt vor unserer Haustüre. Wir müssen uns diesen Herausforderungen stellen, uns mit den Problemen auseinandersetzen und uns dafür einsetzen, dass unsere gesellschaftlichen Werte gemeinsam gelebt und respektiert werden.

**Neben der Integration ist die Frauenpolitik eines Ihrer Steckenpferde. Wo sehen Sie in Karlsruhe weiteren Handlungsbedarf beim Thema Gleichstellung und Frauenförderung? Aktuell finden im Rahmen von anstehenden Pensionierung und Stellenwechseln in den städtischen Gesellschaften der Stadt Personalwechsel statt, bei denen die Anzahl der Frauen in Führungspositionen erhöht werden soll. Was halten Sie davon, Frauen in Vorstandsgremien und Aufsichtsräten aufgrund ihres Geschlechts zu bevorzugen?**

Karlsruhe ist in Sachen Gleichstellung und Frauenförderung gut aufgestellt. In den Amtsleiterpositionen haben wir inzwischen viele kompetente Frauen. Persönlich halte ich nichts davon, jemanden allein aufgrund des Geschlechts zu bevorzugen. Letztlich müssen die Qualifikation und Persönlichkeit zählen. Natürlich dürfen Frauen aber nicht aufgrund ihres Geschlechts bei der Besetzung von Führungspositionen benachteiligt werden.



**Frohe Ostern!**  
Ihre CDU-Gemeinderatsfraktion

CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe | Hebelstraße 13 | Haus der Fraktionen | 76133 Karlsruhe

### Impressum

Herausgeber CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe  
 Vorsitzender Tilman Pfannkuch  
 Redaktion Tilman Pfannkuch, Dr. Albert Käuflein, Sascha Pröhl  
 Fotos Sascha Pröhl (SP); Susanne Weller (SW); Heike Reichert (Re); Fraktionsgeschäftsstelle (FGS)  
 Satz und Druck www.fkm-verlag.com

Anschrift: Fraktionsgeschäftsstelle  
 CDU-Fraktion Karlsruhe  
 Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe  
 Telefon 0721/133-1090, Fax 0721/133-1097  
 cdu@fraktion.karlsruhe.de  
 www.cdu-fraktion-karlsruhe.de  
 www.facebook.com/CDU.Fraktion.Karlsruhe/



## 5 Sicherheit in Karlsruhe

### CDU-Fraktion drängt auf mehr Sicherheit in Karlsruhe

Die CDU-Fraktion beantragte in der letzten Gemeinderatssitzung die Aufstellung eines quartiersbezogenen Sicherheitskonzepts unter Einbeziehung der Karlsruher Bürger. Die Bürger sollen aus Sicht der CDU-Fraktion die Möglichkeit erhalten, auf spezielle Bereiche einzelner Stadtteile einzugehen. Abschließend sollen die Ergebnisse dem Gemeinderat vorgestellt und das Konzept beschlossen werden.

Für die CDU-Fraktion ist es von herausragender Bedeutung, dass sich die Karlsruher Bevölkerung in ihrer Stadt sicher und zu Hause fühlen kann. Da die öffentliche Sicherheit eine wesentliche Säule der westlichen Demokratien darstellt, trägt sie nachhaltig zum Wohlstand und der sozialen Absicherung sowie zum Zusammenhalt der Menschen bei.

Selbstverständlich bilden Bildungs- und Betreuungsangebote, Kultur- und Sozialeinrichtungen, Vereine und Nachbarschaftsnetzwerke, aber auch arbeitnehmer- und familienfreundliche Unternehmen die weichen Standortfaktoren für gute Lebensbedingungen in einer Stadt. Da die Zahlen belegen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger beim sozialen Zusammenhalt eine große Bedeutung hat, ist es aus Sicht der CDU-Fraktion nötig, die Stadtverwaltung hier zum Handeln aufzufordern. Sicherheit, Geborgenheit, Zusammen-



Sicherheit als herausragendes Thema am Werderplatz

halt sowie eine Zukunftsperspektive sind untrennbar miteinander verbunden. Deshalb zielt der Antrag der CDU-Fraktion auf die Erarbeitung von quartiersbezogenen Sicherheitskonzepten gemeinsam mit der Karlsruher Bürgerschaft ab. Ursprünglich sollte der Antrag aus Personal- und Kostengründen abgelehnt werden. Die CDU-Fraktion intervenierte und beantragte die Beratung im Hauptausschuss unter der Maßgabe, dass ein mit Modellstadtteilen erarbeitetes und auf die Stadt übertragbares Sicherheitskonzept entwickelt werden soll.



Kopf des Indianerbrunnens



Großes Interesse an der Vor-Ort-Aktion der CDU-Fraktion am Indianerbrunnen

## CDU-Fraktion mit neuer Telefonnummer

Die bisherige Telefonnummer 0721/29594 wird zum 30.04.2017 auslaufen.

Sie können uns bis einschließlich 30.04.2017 sowohl unter 0721/29594 als auch unter 0721/133-1090 erreichen.

Ab dem 01.05.2017 ist die CDU-Fraktion ausschließlich unter der Rufnummer 0721/133-1090 erreichbar.



### CDU-Fraktionen Karlsruhe und Ettlingen tagen gemeinsam in Bruchhausen

Wenn es um die regionale Zusammenarbeit in der TechnologieRegion Karlsruhe (TRK) geht, ist es notwendig, die gemarkungsübergreifende Zusammenarbeit in den Fokus zu rücken. Hierzu dient der regelmäßige Austausch der Karlsruher CDU-Fraktion mit den CDU-Fraktionen im Landkreis Karlsruhe, wie zuletzt mit den Ettlinger Kolleginnen und Kollegen. In der gemeinsamen Tagung wurden unter anderem die Fragen nach möglichen gemeinsamen Interessen und Aufgaben beider Städte und Stadtratsfraktionen beraten. Beide Fraktionen, die ihre Tagung im Bruchhausener Rathaus abhielten, berieten intensiv die Veränderungen im Kommunikationsprozess zwischen Bürgern und der Politik. Aber auch die Frage, wie es für die verschiedenen kommunalen Parlamente und Parteien durch neue Kommunikationsmethoden möglich ist, Themen und Ideen unkompliziert auszutauschen. An diesem Abend wurde deutlich, wie sehr der Austausch auf regionaler Ebene nötig ist, da jede Kommune mit Themen wie dem Hochwasserschutz oder der Ausweisung von Windkraftträgern befasst ist, die wieder Auswirkungen auf die Nachbarkommune haben. Die Erkenntnis, dass die Region vom Austausch lebt und dieser gepflegt werden muss, wurde an diesem Abend an den folgenden Beispielen deutlich: der TechnologieRegion Karlsruhe (TRK), möglichen neuen Wohngebieten in Ettlingen oder den durch die Alb bedingten notwendigen Hochwasserschutz.

### Nachgefasst

#### Welche Entwicklung nimmt die Europahalle?

Die Stadtverwaltung steht vor der schwierigen Aufgabe, ein langfristiges und tragfähiges Konzept für den Karlsruher Sport zu erarbeiten und dabei gleichzeitig, bezogen auf die zukünftige Nutzung der Europahalle, die sprichwörtliche Quadratur des Kreises hinzubekommen. Die Stadtverwaltung wird von dem im Gemeinderat beschlossenen und von der CDU-Fraktion initiierten interfraktionellen Antrag vor die Aufgabe gestellt, die drängenden Fragen des Karlsruher Sports umfassend zu beantworten. Im Kern muss geklärt werden, wie es mit Blick auf die Investitionsliste der Stadt möglich sein wird, die gesteckten Ziele einer guten Halleninfrastruktur zu erreichen. Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es notwendig, ein Best-Case-Szenario zu entwickeln, mit dessen Hilfe alle Fragen rund um die Weiterentwicklung der Karlsruher Veranstaltungsstätten beantwortet werden können. Der Karlsruher Sport leidet seit Jahren unter der schlechten Hallensituation. Diese wurde, nicht zuletzt durch den ständig ausufernden Brandschutz, deutlich verschlechtert: steigende Kosten für die Sicherstellung des Brandschutzes bei gleichzeitiger Verringerung des Fassungsvermögens für Besucher. Aktuell hebt der Brandschutz bei der Europahalle jegliche Nutzung außerhalb des Schulsports aus. Um den verschiedenen Anforderungen in Bezug auf Nutzungsmöglichkeiten und Zuschauerzahlen zwischen Amateur- sowie Freizeitsport auf der einen Seite und Spitzensport auf der anderen Seite gerecht zu werden, wird dem Gemeinderat nun eine nachvollziehbare und tragfähige Planung vorgelegt. Damit soll eine möglichst genaue Steuerung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erfolgen.

### Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,



anlässlich der Positionierung der CDU-Fraktion im Gemeinderat bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes 2030 im Zusammenhang mit den Flächen der Kleingärten kam es in den vergangenen Wochen zu einigen Irritationen.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir die Sorgen der Kleingärtner sehr ernst nehmen. Wir wissen um die Bedeutung der Kleingärten für jede einzelne Pächterin und jeden einzelnen Pächter. Die Gärten sind in vielen Fällen ein Stück Heimat für die Besitzer. Viele Kleingärtner verbringen dort jede freie Minute.

Aus diesem Grund haben wir uns mit einem Antrag an die Stadtverwaltung gewendet, dass diese, unter angemessener Beteiligung des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Karlsruhe e. V., einen Kleingartenplan 2030 aufstellt. Dieser soll Aussagen darüber enthalten, wie sich die Kleingartenflächen auf dem Gesamtgebiet der Stadt Karlsruhe entwickeln sollen. Sofern diese Aufstellung nicht zeitnah erfolgen kann, haben wir beantragt, dass die bisherigen ausgewiesenen Kleingartenflächen aus der Prüfkulisse des FNP 2030 herauszunehmen sind. Wir sind der Auffassung, dass die Bedeutung der Kleingärten für die Bevölkerung so wichtig ist, dass diese Flächen eine eigene stadtplanerische vertiefte Untersuchung verdienen.

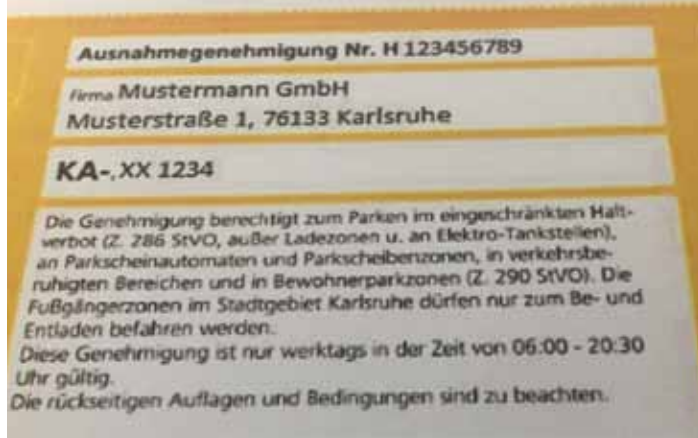
Ihr

Tilman Pfannkuch

ung des Fassungsvermögens für Besucher. Aktuell hebt der Brandschutz bei der Europahalle jegliche Nutzung außerhalb des Schulsports aus. Um den verschiedenen Anforderungen in Bezug auf Nutzungsmöglichkeiten und Zuschauerzahlen zwischen Amateur- sowie Freizeitsport auf der einen Seite und Spitzensport auf der anderen Seite gerecht zu werden, wird dem Gemeinderat nun eine nachvollziehbare und tragfähige Planung vorgelegt. Damit soll eine möglichst genaue Steuerung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erfolgen.

### Ärger mit den Sonderparkberechtigungen. Was war passiert bei den Handwerkerparkausweisen?

Zu Beginn des Jahres schlugen die Wogen hoch. Im Zuge des Haushaltsstabilisierungsprozesses sind erstmalig deutlich die Auswirkungen bei der Karlsruher Handwerkerschaft und dem Handel angekommen. Die 100-prozentige Erhöhung des Handwerkerparkausweises sowie die Erhöhungen der Sondernutzungsgebühren bei den Betroffenen aus dem Handwerk sowie beim Handel führten zu großem Unmut. Der in der Öffentlichkeit entstandene Eindruck war, dass sowohl die Politik als auch die Verwaltung Gebührensatzungen erlässt, ohne Kenntnis der konkreten wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Betroffenen. Die CDU-Fraktion hatte hier nach und forderte von der Verwaltung zukünftig mehr Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein ein. Aus Sicht der CDU-Fraktion wurde und wird auch weiterhin angemahnt, dass vonseiten der Verwaltung besondere Sorgfalt im Rahmen eines erfolgreichen Haushaltsstabilisierungsprozesses an den Tag gelegt wird, wenn sensible Bereiche des öffentlichen Miteinanders betroffen sind. Gerade vor diesem Hintergrund fordert die CDU-Fraktion den Oberbürgermeister auf, transparent und abgewogen, als Stadtoberhaupt, mit der Bevölkerung zu kommunizieren. Denn gerade in der Verwaltung müssen Verwerfungen im Voraus erkannt und nicht erst nach Auftreten dringender Probleme eingegriffen werden. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit sieht anders aus. Gerade mit Blick auf die anstehenden Sparbemühungen des Gemeinderats und der Verwaltung wird es aus Sicht der CDU-Fraktion nötig sein, in Zukunft konstruktiver Lösungen bei Härtefällen zu ermöglichen und dies auch rechtzeitig zu kommunizieren.



Muster Ausnahmegenehmigung für Handwerker

### Ihre Meinung ist gefragt. Die CDU-Fraktion will wissen, wo der Schuh drückt

Politik lebt von Beteiligung. Doch was heißt Beteiligung, und welche Schwerpunkte wünschen sich Bürger in einer Stadt? In Zeiten von Social Media könnte die Antwort lauten, dass sich die Parteien oder die politisch Tätigen doch einfach auf einer Social Media-Seite umschauen sollten und so sehen, wo „dem Volk“ der Schuh drückt. Dass dies nicht so einfach ist, wird in Zeiten von „Fake-News“ und immer mehr Teilnehmern am Austausch an den sozialen Netzwerken eher schwieriger als einfacher. Sollen sich die Parteien an die Meinungsführer auf den Plattformen orientieren oder eher die Personen der zweiten und dritten Kommentarebene in den Blick nehmen? Wir als CDU-Fraktion wollen deshalb von Ihnen ab der kommenden Ausgabe wissen, was Ihnen wichtig ist, wo wir verstärkt hinschauen sollen und wiederholt den Finger in die Wunde legen müssen. Bitte schreiben Sie uns schon heute eine E-Mail, kontaktieren Sie uns auf Facebook unter [www.facebook.com/CDU.Fraktion.Karlsruhe](http://www.facebook.com/CDU.Fraktion.Karlsruhe) und stellen uns bereits heute die Fragen, die Sie bewegen. Wir freuen uns auf Ihre Beteiligung!

### Zwei Fragen an ...

#### Stadträtin Marianne Köpfler



**Frau Köpfler, ab April ist der Gemeindliche Vollzugsdienst auch wieder mit dem Fahrrad unterwegs und sorgt für Ordnung. Was halten Sie persönlich von der Streife auf zwei Rädern?**

Ich halte diese Einrichtung für sinnvoll und – richtig eingesetzt – für effektiv. Das Feedback aus der Bevölkerung ist durchweg positiv. Die Fahrradstreife wird als bürgernah und umweltfreundlich empfunden. Wenn es nach mir ginge, dann wäre auch der Karlsruher Ordnungsdienst (KOD) verstärkt mit dem Rad in den Parks unterwegs. Die Bürger wünschen sich eine sichtbare Präsenz der Ordnungshüter. Leider fehlt

dem KOD dazu das nötige Personal, was ich sehr bedauere. Der KOD ist unter anderem auf Initiative der CDU-Fraktion ins Leben gerufen worden. Eine Initiative, die sich bis heute bewährt, denn der KOD trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die Karlsruher Bürger sicherer fühlen.

#### Ab dem 6. Mai 2017 finden in Karlsruhe die Heimattage Baden-Württemberg statt. Was verbinden Sie mit Heimat?

Ganz klar: Karlsruhe. Ich bin hier geboren, aufgewachsen, zur Schule gegangen und bin auch für mein Jurastudium nicht umgezogen, sondern bin gependelt und damit meiner Heimatstadt Karlsruhe treu geblieben. Ich lebe gerne in Karlsruhe – warum auch nicht? Karlsruhe ist eine lebenswerte Stadt, die samt Umland sehr viel zu bieten hat. Aus diesem Grund engagiere ich mich auch als Gemeinderätin. Ich möchte meinen Teil dazu beitragen, dass meine Heimatstadt auch in der Zukunft lebens- und liebenswert ist.

### Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Gemeinderats

Das Ehrenamt des Gemeinderats hat sich in den vergangenen Jahren schrittweise geändert. Die zeitliche Belastung dieses speziellen Ehrenamtes hat für eine Großstadt wie Karlsruhe den Zeitaufwand einer Halbtagsbeschäftigung angenommen. Aktuell erhält jeder für fünf Jahre gewählte Stadträte ab Januar 2018 eine monatliche Aufwandsentschädigung von 890 Euro, momentan sind es 800 Euro. Ein Stadtrat ist durchschnittlich mindestens in sechs Ausschüssen aktiv. Dies bedeutet in der Regel einen Aufwand von 55 Stunden pro Monat zusätzlich zur normalen Arbeitszeit, Vor- und Nachbereitungszeit eingerechnet. Im Vergleich zu 2012 ist durch den Gemeinderatsbeschluss die Aufwandsentschädigung für Stadträte um 90 Euro gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich nicht nur die Kaufkraft reduziert, sondern auch die Arbeitsbelastung wurde ständig höher. Die Gemeinderäte der Stadt Mannheim, also einer Stadt mit vergleichbarer Größe, erhalten 910 € pro Monat. Die meisten gemeinderätlichen Gremien beginnen in der Regel zwischen 15:30 und 16:30 Uhr. Bei rund 55 Stunden pro Monat hat dieser zeitliche Aspekt auch eine Auswirkung auf das Arbeitsleben und letztlich auch auf die durchschnittliche Rente eines Stadtrats. Natürlich kann man sagen, wer das nicht leisten will und es sich nicht leisten kann, muss ja auch nicht Stadträtin oder Stadtrat werden. Einerseits ist das natürlich richtig, andererseits erwarten die gleichen Personen, die diesen Einwand erheben, dass die Mitglieder des Gemeinderats entsprechende Erfahrungen mitbringen, gut vorbereitet sind, große Entscheidungen treffen und überall Präsenz zeigen. Entscheidungen treffen kann aber nur jemand, der informiert ist und sich vorbereitet hat. Das bedeutet also, wenn Kritik an der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Karlsruher Stadträte geübt wird, muss zur Kenntnis genommen werden, dass der ehrenamtlich zu erbringende Zeitaufwand eine

Herausforderung darstellt. Die stadträtliche Funktion wird ja zudem vor Ort in den Stadtteilen, bei Vereinen und vielen Veranstaltungen geleistet. Die Erwartungen an die Präsenz der Stadträte in der Öffentlichkeit sind hoch, werden jedoch selten oder nie aus- oder angesprochen. Wie selbstverständlich erwarten Vereine und Fördervereine, dass Stadträte eine Mitgliedschaft bei diesen besitzen, einen angemessenen Beitrag zahlen und in der zur Verfügung stehenden Freizeit, möglichst mit der Familie, an Veranstaltungen aller Art teilnehmen.



© Marco2811 - Fotolia

### CDU-Fraktionen in Baden-Württemberg fordern Innenminister Strobl auf, ein Alkoholverbot einzuführen

Sieben baden-württembergische Großstadtfractionen der CDU haben Innenminister Strobl einen gemeinsamen Brief geschrieben, in dem die Aufforderung enthalten ist, noch in 2017 die Möglichkeit für ein zeitlich begrenztes Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen zu schaffen und so den Städten ein Instrument in die Hand zu geben, mit dessen Hilfe ein solches auch durchgesetzt werden kann. Das bekannteste Alkoholverbot in Baden-Württemberg, das Alkoholkonsumverbot in Freiburg aus dem Jahr 2008, wurde allerdings durch den Mannheimer Verwaltungsgerichtshof für ungültig erklärt. Mit der im Jahr 2016 gewählten Landesregierung von Baden-Württemberg verbinden sich daher die Hoffnungen von den sieben Stadtratsfraktionen aus Baden-Württemberg: Baden-Baden, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, Reutlingen und Ulm. In ihrem gemeinsam verfassten Brief appellieren die Unterzeichner an das im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung vorgesehene zeitlich begrenzte Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen. Gemeinsam führen die CDU-Stadtratsfraktionen aus, dass diese aufgrund verschiedener Brennpunktbereiche in ihren jeweiligen Städten die Notwendigkeit für ein solches Konsumverbot bereits im Jahr 2017 sehen.



© maggiepicture - Fotolia